

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1901

22.3.1901 (No. 80)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 22. März.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Zig.“ — gestattet.

Nr. 80.

1901.

Parlamentarisches aus Hessen.

S.R.K. Darmstadt, 20. März.

Trotz Drängens des Präsidenten hat die Zweite Kammer den Termin vom 15. März, bis wohin die Budgetberatung beendet sein sollte, nicht eingehalten und ein Teil des Finanzministeriumsetats und das Extraordinarium stehen noch aus, so daß die Erste Kammer wohl aus der Noth eine Tugend machen und ihrerseits ein schnelles Tempo in ihren Beratungen einschlagen muß, zumal der 1. April zusehends näherückt. Sowohl beim Gewerbetreiben als bei der Landwirtschaft setzte es in letzter Woche theilweise sehr lebhaft und erregte Debatten ab. Einzelne Neuerungsstücke brachten auch diesmal verschiedene Vorschläge bezüglich Änderungen in der Organisation des Gewerbeinspektionswesens; so wünschte man weitere Hinzuziehung des Arbeiterelements, einen Oberinspektor und einen technischen Referenten im Ministerium, eine Artin u. dgl. m., während die Regierung aus guten Gründen sich für eine allzuschnelle Aenderung der jetzigen Organisation nicht erwärmen konnte und in der Hauptsache auch durch einen Mehrheitsbeschluß der Kammer Recht behielt. Letztere sprach sich sodann nahezu einmütig für eine demnachstige staatliche Organisation des Dampfsektors, das zur Zeit verinsuliert mit staatlicher Kontrolle geübt wird, aus. Beim Landwirtschaftsetat war es ein oberhessischer Abgeordneter, der die ganze Schale seines Horns über den Landwirtschaftsrath und die Regierung ergoß, denen er u. a. nichts Beringeres vorwarf, als daß sie bei Prämierungen bei der Vertheilung öffentlicher Mittel zu Ungunsten der kleinen Bauern nicht unparteiisch gewesen, worauf ihm von dem weitläufigen und redegewandten Regierungsvortrager unter Widerlegung der vorgebrachten Anschuldigungen ebenso „kräftig“ erwidert wurde. Die unerquickliche Auseinandersetzung, bei der sich bemerkenswerther Weise die Antisemiten, die doch sonst der Regierung nichts zu „schenken“ pflegen, nicht besonders theilhaftig, zeigte wieder einmal, wie wenig im allgemeinen von der betreffenden Seite die großen und fortgesetzten Bemühungen der Regierung zur Hebung der einheimischen Landwirtschaft gewürdigt oder gar anerkannt werden. Bezüglich der Aufwendungen für Landwirtschaftszwecke in Hessen nur wenige Ziffern: 1891/94: 280 000 M., 1894/97: 352 000 M., 1897 bis 1900: 709 000 M., 1900/01: 751 000 M., im neuen Budget 1901/02 verlangt: 921 000 M. Es gibt wohl keine Etatsposition, bei der die Aufwendungen staatlicherseits in so rapidem Maße in den letzten Jahren gestiegen sind.

Glatter schon verließen die Debatten beim Justizetat. Außer lokalen und andern Wünschen, an denen es natürlich auch hier nicht fehlte, kamen hier von prinzipiellen Fragen die Ausbildung der Juristen (in dem Sinne der Mehrheit, daß sie sich erst später als jetzt zur Justiz oder Verwaltung zu entscheiden haben) die Verstaatlichung des Gerichtsvollzieherinstituts u. s. w. zur Sprache, aber in beiden Punkten waren die Meinungen der in der Kammer sitzenden Fachleute nicht übereinstimmend und so wird es in der Hauptsache beim seitherigen Zustand sein Verbleiben haben. Beim Etat des Finanzministeriums kam es u. a. zur Bewilligung der ersten Rate der Mittel für ein heutiges Anforderungen entsprechendes Inbulatorium in Bad Nauheim, das sich bekanntlich zu einem Bad ersten Ranges für Herzleidende aufgeschwungen hat.

Reichsgesundheitsrath.

* Berlin, 20. März.

Heute Vormittag konstituirte sich, wie bereits telegraphisch gemeldet, die Versammlung des Reichsgesundheitsraths, welche der Staatssekretär des Innern Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner mit nachfolgender Rede eröffnete:

Meine hochgeehrten Herren!

Ich gestatte mir, Ihnen zunächst meinen Dank dafür auszusprechen, daß Sie dem Rufe Folge geleistet haben, Ihre wissenschaftlichen und technischen Kenntnisse, sowie Ihre Erfahrungen auf dem Gebiete praktischer Verwaltung in den Dienst einer der vornehmsten, ja vielleicht der wichtigsten Aufgaben praktischer Fürsorge zu stellen. Es ist das sicherste Zeichen für den sittlichen und wirtschaftlichen Fortschritt eines Volkes, wenn sich in demselben die Erkenntnis vertieft nicht nur von der ethischen, sondern auch von der volkswirtschaftlichen Bedeutung jedes einzelnen Mitmenschen für die Gesamtheit, und wenn dementsprechend auch die Werthschätzung des Menschenlebens sowohl seitens des Staates wie seitens sämtlicher Volksgenossen in immer höherem Maße wächst. Aus diesem modernen Bewußt-

sein heraus ist, gestützt auf die Vollmachten der Reichsverfassung, das Gesetz ergangen, welchem der Reichsgesundheitsrath seine Entstehung verdankt. Es ist ein ebenso weites wie dankbares Feld der Thätigkeit, was sich Ihnen, meine hochgeehrten Herren, heute eröffnet. Es wird nicht nur Ihre Aufgabe sein, die deutschen Regierungen in dem Kampfe zu unterstützen gegen verheerende Volksleiden, deren Gefahren durch die Steigerung unseres Verkehrs mit fremden Ländern bedenklich zunehmen; Sie werden vielmehr auch die Verbündeten Regierungen mit Ihrer Sachkenntnis zu beraten haben auf dem wichtigsten Gebiete unseres Volkslebens; die Wohnungsfrage ebenso wie die Fragen der Ernährung, des gewerblichen Arbeiterschutzes, der Vertheilung unserer schönen deutschen Ströme gegen die nachtheiligen Einflüsse einer schnell wachsenden Bevölkerung und einer fortgesetzt gesteigerten gewerblichen Thätigkeit werden Ihrer gutachtlichen Beschlußfassung unterliegen. Aus Ihren Beratungen werden weittragende Anregungen hervorgehen für die hygienischen Maßregeln in Staat und Gemeinde. Gesundheit bedeutet Schaffenskraft und Arbeitsfreudigkeit nicht nur für den einzelnen Menschen, sondern auch für ein ganzes Volk, welches mit zunehmendem äußeren Wohlstand in gleichem Maße befähigt wird, die ihm durch seine Geschäfte und die natürlichen Bedingungen des Landes zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen.

Wenn das Samenorn, das Sie von dieser Stelle austreuen werden, überall in deutschen Landen auf fruchtbaren Boden fällt, so werden Sie nicht nur der körperlichen Gesundheit unseres Volkes wichtige Dienste leisten, sondern auch zur sittlichen und wirtschaftlichen Stärkung desselben wesentlich beitragen. Möchten Ihre Arbeiten dazu führen, daß die Thätigkeit des deutschen Staatswesens auch auf hygienischem Gebiete als eine musterhafte und bahnbrechende allgemein anerkannt wird! Die Schwerkraft Ihrer Abberufung wird nicht von dem Buchstaben einer geschriebenen Anweisung abhängen, sondern von der werbenden schäferischen Kraft reichlicher wissenschaftlicher Erkenntnis. In dieser Beziehung bitte ich Sie, an die Lösung Ihrer großen Aufgaben heranzutreten.

Hierauf ergriff der Präsident des Reichsgesundheitsamts, Wirlf. Geh. Oberregierungsrath Dr. Köhler, das Wort zu folgender Erwidrerung:

Eure Excellenz bitte ich namens der hier versammelten Mitglieder des Reichsgesundheitsraths den ehrerbietigsten Dank für die Worte auszusprechen zu dürfen, welche Sie an uns zum Beginn unserer amtlichen Thätigkeit gerichtet haben. So lange Eure Excellenz an der Spitze der inneren Verwaltung des Reiches stehen, haben Sie stets den Angelegenheiten der Gesundheitspflege ein besonders warmes Interesse entgegengebracht. Wenn gerade die letzten Jahre einen nachhaltigen Aufschwung auf diesem Gebiete im Reich gefördert haben, so ist es wesentlich Eurem Engagement mannschaftem Eintreten für diesen Zweck Ihrer außerordentlich vielseitigen Thätigkeit zu verdanken, daß die erzielten Erfolge erreicht werden konnten. Eure Excellenz persönliche Erscheinen an dieser Stelle und der Umstand, daß Sie auch in Ihrem Hause uns gütlich empfangen wollen, bürgen dafür, daß wir auch fernherhin in Ihnen unseren kraftvollen, aber auch gütigen Schirmherren erblicken dürfen. Es ist ein günstiges Vorzeichen, daß wir unsere Arbeit zu einer Zeit aufnehmen, zu welcher das Kaiserliche Gesundheitsamt im Begriffe steht, das erste Vierteljahrhundert seiner Thätigkeit zu beenden. Nachdem das Reich bezw. der Norddeutsche Bund sein Interesse für das öffentliche Gesundheitswesen bereits im Jahre 1868 durch Einberufung einer Kommission zur Bearbeitung einer gemeinsamen Pharmakopöe und im Jahre 1873 durch Bildung einer Spezialkommission zur Erforschung der Cholera — einer Kommission, aus welcher ein Mitglied auch heute noch unter uns weilt — an den Tag gelegt hatte, trat mit dem Beginn des Jahres 1876 der erste Etat für das neue Gesundheitsamt in Kraft, und am 28. April 1876 wurde sein erster Direktor ernannt. Aus kleinen Anfängen (zunächst waren nur zwei Mitglieder neben dem Direktor vorgeesehen) entwickelte sich das Amt in den ersten Jahren allmählich, dann, nachdem es mit eigenen Vorständen unter Führung unseres Reichs Robert Koch hatte hervortreten können und damit auch weiteren Kreisen die Möglichkeit seines Bestehens vor Augen geführt hatte, in immer schnellerem Tempo. Besonders zwei Einrichtungen sind es, welche als Vorläufer des Reichsgesundheitsamts betrachtet werden können: die seit dem Jahre 1880 erfolgte Ernennung außerordentlicher Mitglieder des Gesundheitsamts und die im Jahre 1887 geschaffene ständige Kommission für die Bearbeitung des Arzneibuchs. Die bereits in der Denkschrift des Reichsanzalters vom 9. April 1872 ausgesprochene Ansicht, daß die öffentliche Gesundheitspflege in fast alle Zweige der staatlichen Verwaltung eingreift, hat sich seitdem mehr und mehr als zutreffend erwiesen: ein Einblick in die Aufgaben, welche den neun Ausschüssen des Reichsgesundheitsraths zugewiesen sind, zeigt, daß kaum ein Gebiet des öffentlichen Lebens zu nennen ist, auf welchem wir uns nicht zu betheiligen hätten. Die Namen der Mitglieder des Reichsgesundheitsraths bürgen dafür, daß wir stets nach streng wissenschaftlichen Grundsätzen vorgehen werden, — rechnen wir dem Reichsgesundheitsrath ihre Städte und Förderung erfahren hat. Wir werden also stets eingedenk sein, daß wir nicht um der Wissenschaft halber arbeiten, daß es vielmehr unsere Aufgabe ist, praktische Ziele zu verfolgen: die Uebertragung der Lehren der Wissenschaft auf und die Anpassung derselben an die Bedürfnisse des öffentlichen Lebens, das ist unser Ziel! Dabei werden wir nie vergessen, daß wir Deutsche sind, und daß wir hier in einer amtlichen Organisation des Deutschen Reiches vereint sind. Die Förderung unseres Vaterlandes ist unser höchstes Ziel. Für uns laufen die gemeinsamen Interessen in der Person unseres erhabenen Reichsoberhauptes zusammen, in dessen Namen wir hier zusammenberufen sind und unsere Thätigkeit beginnen. Ich glaube, unserem Gelübde, daß wir stets als deutsche Männer u. d. treue Angehörige des Reichs — mögen wir von Nord oder Süd, von Ost oder West herher gekommen sein — zum Wohle unseres theuren Vaterlandes zusammenarbeiten wollen, können

wir keinen besseren Ausdruck geben, als indem wir rufen: Seine Majestät Kaiser Wilhelm II. lebe hoch, hoch, hoch!

Deutscher Reichstag.

* Berlin, 20. März.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Abg. Ledebur (Soz.): Die sozialdemokratische Partei gehe in der Aufdeckung von Schäden rücksichtslos vor. Bei den vielen Tatsachen, die ihr in dieser Beziehung unterbreitet werden, müßten Kritiker mit in den Kauf genommen werden. Bebel habe seinen Frithum in der lokalen Weise eingestanden. Stöcker sei nach der Ausstoßung der unerhörtesten Beschuldigungen einfach verduftet. Dies zeuge von einem unglaublichen Tiefstand der Moral.

Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung. Abg. Singer schlägt sich dem Urtheile seiner Freunde über Stöcker an. Wenn dieser Anstand hätte, hätte er sich heute gestellt, um die Antwort zu hören, die er verdient habe. (Der Vizepräsident erklärt: Sie dürfen auch bedingter Weise keinem Abgeordneten den Anstand absprechen. Das verstößt gegen die Ordnung des Hauses. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung.) Singer (fortfahrend): Stöcker warf mir vor, ich hätte behauptet, bei vielen Konservativen sei die Religion Geschäftsfrage. Diese Auffassung entspränge einer orientalischen Auffassung der Dinge. Die Beweise für diese Behauptung entnehme er sehr christlichen Kreisen. Er erinnere nur an Stöcker's Bunsenfreund Hammerstein, ferner nenne er Sanden, dessen ganze geschäftliche Thätigkeit darauf aufgebaut war, daß er sich als eifriger Frommer aufspielte. Wollen Sie bestreiten, daß dies aus konservativen Kreisen kommt? (Zuruf: Ja!) In unserer Partei ist Religion Privatfrage. Stöcker sagte, so vertrauliche Briefe wie den Stöckerbrief zu veröffentlichen, sei unanständig. Ich sage, daß anständige Menschen solche Briefe nicht schreiben. Ich möchte von Stöcker mit Homer sagen: Nichts Händlicheres gibt es auf Erden, als Menschen, deren Junge zweifelspaltig ist. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. — Vizepräsident Frege ruft Singer zum zweiten Mal zur Ordnung.)

Abg. Ledebur (Soz.) bemerkt, er habe den Namen Sanden zum ersten Male bei dem Zusammenbruch der Bank gehört. Die Brandmarkung des Urtheils im „Vorwärts“ habe der großen Mehrheit des Hauses gut gefallen.

Abg. Stöcker, der den Saal betreten hat, fährt aus, er konnte nicht früher erscheinen; was er hörte, habe auf ihn nicht den geringsten Eindruck gemacht. Warum haben Sie sich nicht auf das beschränkt, worüber ich gestern sprach? (Zuruf von den Sozialdemokraten. Große Unruhe.) (Der Vizepräsident bittet, den Redner nicht zu unterbrechen und bittet Stöcker, sich auf das zu beschränken, was er selbst gehört habe und sich nicht in Vermuthungen zu ergehen, was gesagt worden sei.) Stöcker fährt fort, alles was die Abgeordneten gegen ihn vorbrachten, sei vollkommen thöricht. (Der Vizepräsident rügt diesen Ausdruck.) Ich möchte auf eine Aeußerung Singers's Associe Rosenthal, über die Nähmädchen hinweisen. (Große Unruhe rechts.) Singer habe das Geschäft darum nicht verlassen. Redner fragt, ob ein solcher Mann das Recht habe, einem Andern Gemissenslosigkeit vorzuwerfen. Es sei eine Sünde gegenüber der ganzen sozialdemokratischen Partei, wenn sie einen Arbeitgeber von solcher Vergangenheit zum Präsidenten macht. Das sei ein Beweis, daß die sozialdemokratische Partei das Recht verwerfe, von sozialen Reformen zu reden und sich als rechtlich und gewissenhaft zu bezeichnen. (Orientirter Beifall rechts.)

Abg. Wurm (Soz.) bespricht die mangelhaften Vorbereitungen einer Enquete über die Verhältnisse der Steinarbeiter und beschwert sich, daß man nicht mit Fragen auch an die Arbeiterorganisationen herangehe. Im Reichsamte des Innern gehe noch immer der böse Geist der Sozialreform, Woedite, um. Die Regierung könne nur zu vernünftigen Grundfragen kommen, wenn sie zu beratigen Enqueten Arbeiter heranziehe.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky fährt aus: Es seien schon wiederholt Vertreter der Arbeiterorganisationen gehört worden. Die Aeußerung über den bösen Geist sei ein Irrthum, er könne versichern, daß er selbst als Chef dieses Ressorts, thue, was er für richtig halte. Unrichtig sei, daß Woedite in der Sozialreform der böse Geist sei, er habe sich große Verdienste um die Sozialreform erworben (sehr richtig rechts) und das wird auch vom Hause allgemein anerkannt.

Abg. Singer (Soz.) fährt aus: Die Firma, der er angehörte, habe nie nach Rosenthals Redensart gehandelt. Im Prozeß sei das durch Zeugen festgestellt worden, und zwar von dem christlich-sozialen Arbeitern. Stöcker habe sich niemals entgehen lassen, eine als grobe Unwahrheit und Verläumdung zurückgewiesene Thatsache unter dem Deckmantel der Objektivität wieder anzuführen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Vizepräsident ruft Singer zur Ordnung.

Abg. Bebel fährt aus: Stöcker kommt zu spät, er verlangt, daß wir in unseren Ausführungen uns beschränken. Nachher kommt er vielleicht nochmal später auf die Dinge zurück. Das ist ein anarchoistisches Verfahren. (Ordnungsruf des Vizepräsidenten. Große Unruhe.) Im weiteren Verlaufe der Ausführung ruft Stöcker dazwischen: Das ist nicht wahr. Lebhafter Zuruf bei den Sozialdemokraten. Der Vizepräsident Klingelt wiederholt und fordert Stöcker auf, den Redner nicht zu unterbrechen. Bebel verteidigt Singer. Er habe für die Sache der Sozialdemokratie mehr geopfert, als Stöcker je geopfert haben würde. Er sei ein Ehrenmann. Wenn Singer dieselben Eigenschaften besäße wie Stöcker hätten wir ihn längst aus der Partei hinausgeworfen. (Lebhafte Bravorufe bei den Sozialdemokraten. Der Vizepräsident ruft Bebel zur Ordnung.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: er habe die Regierungen ersucht, Erhebungen anzustellen über die Steinarbeiter. Die Antworten seien eingegangen. Die Bundesrathsverordnung sei entworfen. Ueber dieselbe würden dem-

nächst im Reichsamt des Innern die Arbeitgeber und Arbeitnehmer gehört werden.

Abg. Stöcker erklärt: Das sei eben das grenzenlose Gemeine in unserem öffentlichen Leben, daß man ihn mit Hammerstein zusammenbringe, mit dem er nicht das Geringste zu thun hatte. Daß Singer seiner Partei Geldmittel zur Verfügung stelle, glaube er, auch daß er deshalb zum Präsidenten der Partei gewählt wurde. (Wührende Zurufe links, Glocke des Präsidenten.) Aus sozialdemokratischen Gründen können Sie ihn doch nicht zum Präsidenten gewählt haben. Sie haben an Ihrer Spitze einen Mann, der in schamlosester Weise Grundstücke aufstellt. (Unterbrechung durch laute Zurufe links, Stadthagen ruft: Meineidspaffe. Der Präsident ruft Stöcker zur Ordnung. v. Gogler und v. Pöddelst betreten den Saal.) Stöcker fortfahrend: Singer sage, seine Partei werde am besten wissen wen sie zum Präsidenten wähle. Das glaube er, nehme man Singer und seine Partei zusammen, so sei einer des andern werth. (Sehr richtig rechts, großer Lärm.)

Abg. Bebel meint: Schlimmer wie über Stöcker seitens der Richter geurtheilt wurde, könne nicht geurtheilt werden. Die Äußerung Stöcker's über das Verhältnis Singer's zu seinem Affocié sei unklar. Wir haben auch nicht Stöcker für das Verbrechen Hammerstein's verantwortlich gemacht. Es sei unerhört, wenn Stöcker behauptet, wir machten einen Pöschel zum Präsidenten, der Grundstücke anerkenne, wie Rosenthal sie ausgesprochen. (Zuruf Stöcker's: Das habe ich nicht gesagt.) Bebel fortfahrend: Es liege eine gewisse Entschuldigung darin, wenn Stöcker jetzt nicht mehr weiß, was er in der Minute vorher sagte. (Große Heiterkeit.) Ist es nicht eine bodenlose Gemeinheit, wenn Stöcker sagt, wir hätten Singer zum Präsidenten gemacht, weil er der Parteikasse Mittel zur Verfügung stellte. (Sehr richtig links. — Wiederholte Glockenzeichen des Präsidenten. Ordnungsruf des Präsidenten.) Was Stöcker gesagt hat, ist uns vollständig gleichgültig. Die heutige Verhandlung zeige, daß Stöcker nicht leiser sinnen kann, als er heute gesunken ist. (Großer Lärm. Sehr richtig links. — Der Präsident ruft den Redner zum zweitenmal zur Ordnung und macht ihn auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen aufmerksam.) Bebel fortfahrend: Er sei der Meinung, daß man es hier mit einem Manne zu thun habe, der nicht mehr verantwortlich sei für das, was er sagt, der in unheilbarer Moral insanity handelt. (Großer Lärm. Lebhaftes Beifallsrauschen.)

Der Präsident erklärt, das sei wieder ein Wort, welches gegen die Ordnung des Hauses verstößt; ich rufe Sie zum drittenmal zur Ordnung. Da Sie aber bereits Ihre Rede geschlossen haben, brauche ich das Haus nicht über die geschäftsordnungsmäßigen Folgen zu befragen. (Stürmische Heiterkeit.) Abg. Stadthagen (Soz.) betritt die Tribüne und wird mit großem Hahoh begrüßt. Der Präsident bittet um Ruhe. Es sei sehr schwer, alles zu hören, was er jetzt hören müsse. (Schallende Heiterkeit.) Abg. Stadthagen fährt aus: Ob Stöcker mit der Behauptung, er kenne den Genossen Erwald nicht, einen wissentlichen Meineid geschworen habe, wolle er nicht beurtheilen. Aber sicher konnte man's so anwenden, wonach ein Zeuge unethisch zu vernehmen ist, wenn er von der Bedeutung des Eides nicht die nöthige Erkenntnis besitzt. (Schallende Heiterkeit, große Unruhe.) Ich habe gegen Stöcker nicht das Gefühl der Entrüstung, sondern es kommt mir vor, als wenn Stöcker absolut die Bedeutung des Eides nicht kennt. (Große Heiterkeit, sehr richtig.)

Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung. Nach kurzer Erwiderung Stöcker's schließt die Diskussion. Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgg. Arenz (Reichsp.) und Ledebur (Soz.), bei denen der Präsident wiederholt einschreitet.

Eine Reihe von Titeln wird angenommen, ebenso die Resolution Schmidt-Eberfeld, betreffend den Detailverkauf von Kohlen nach Gewicht.

Beim Etat Reichsgesundheitsamt bittet Abg. Gamp (Reichsp.) eine Enquete über die Krebskrankheiten zu veranstalten und in den Volkskalendern zu veröffentlichen. Staatssekretär Graf v. Posadowsky erklärt, daß eine wissenschaftliche Vereinigung zur Erforschung der Krebskrankheit sich gebildet habe.

Abg. Müller-Sagan (freis. Volksp.) spricht sich gegen eine Veröffentlichung in Volkskalendern. Dies würde der Kurpfuscherei Vorschub leisten.

Ein Antrag Tiedemann (konf.) zum Extraordinarium, der die Unterstützung der deutschen Gesellschaft für die Erziehung und Schulgeschichte auf 30 000 M. festsetzt, wird abgelehnt. Damit ist der Etat des Reichsamts des Innern erledigt.

Beim Etat des Reichsheeres fragt Abg. Ruhner (Soz.) an, in wie weit eine Entschädigung an diejenigen Soldaten gezahlt sei, die im Dienste mißhandelt wurden.

Generalleutnant Siebahn erwidert: In den Mißhandlungsfällen, die zur Kenntniß des Kriegsministeriums gelangt seien, seien sehr oft Renten gewährt worden. Die Verdächtigungen Ruhner's gegen die Verwaltung des Reichsheeres, als ob nicht nach Recht und Gesetz entschieden würde, seien hinwiegend. (Der Präsident macht den General aufmerksam, daß das Wort „Verdächtigung“ gegenüber Reichstagsabgeordneten seitens der Mitglieder des Bundesrathes nicht üblich sei.)

Abg. Eichhoff (freis. Volksp.) bringt nochmals die Angelegenheit eines Kaufmanns und Referendarius zur Sprache, der wegen Quälverweigerung seitens des Bezirkskommandos in Verzug gehalten wurde.

Der Kriegsminister erklärt, der Fall liege außerordentlich schwierig. Er würde darauf zurückkommen, sobald das Ehrengericht erkannt habe.

Abg. Wiener (freis. Volksp.) bemängelt, daß vielfach aktive Soldaten zu Malerarbeiten in den Kasernen herangezogen würden. Generalmajor Heeringer weist darauf hin, daß die Leute nicht um persönlichen Vortheil arbeiteten, sondern um das Ansehen künstlerischer Ausgestaltung, als dies mit den durch den Etat festgesetzten Mitteln möglich sei.

Auf eine Anfrage Tiele's (Soz.) erwidert der Kriegsminister, betreffend der Religion der neu eingestellten Rekruten bleibe es den Feldpropsten überlassen, ob sich nichtgetaufte Rekruten taufen lassen. Er billige das vollständig.

Nach weiterer Debatte schließt die Generaldebatte.

Eine große Reihe von Titeln wird angenommen. Bei dem Titel „Technische Institute der Artillerie“ hält Zubeil seine neulichen Ausführungen über die Mängel in den königlichen Fabriken in Spandau aufrecht.

Kriegsminister v. Gogler erklärt, ein großer Theil der Aufgaben Zubeil's beruhe auf Klatsch. Die Verbesserung die inzwischen eingeführt worden sei, sei nicht auf die Rede Zubeil's zurückzuführen, sondern war längst geplant.

Generalmajor v. Einem theilt mit, daß die Spandauer Pulverarbeiter in einer Adresse an den Kriegsminister für die Vohnerhöhung gedankt hätten. Redner hält an seinen neulichen Angaben über die Spandauer Verhältnisse fest.

Der Rest des Militäretats wird ohne Debatte genehmigt. Beim Marineetat bemerkt Abg. v. Kardorf, die Dampferwerke habe nie nach Amerika geliefert. Bei Werken, die dorthin geliefert, datirt der billigere Preis der Panzerplatten erst seit November, während in Deutschland nur 24 000 Tons Panzerplatten jährlich gekauft werden, habe Amerika einen Auftrag auf 36 000, lieferbar in fünf Jahren, gegeben, das recht fertige den billigen Preis. Sodann spricht sich Redner gegen

die Resolution wegen Errichtung eines Panzerplattenwerks auf Kosten des Reiches aus.

Abg. Singer greift Abg. v. Kardorf an, weil er sich als Agent einer Industrie hingestellt hätte. (Lärm. Abg. v. Kardorf verbittet sich letztere Bemerkung.) Abg. Singer sagt, es hätte bloß noch gefehlt, daß Abg. v. Kardorf gesagt hätte, ich bekomme 4 Proz. dafür. (Großer Lärm. Der Präsident ruft den Abg. Singer zur Ordnung.)

Abg. Schwarz-Lübeck fragt an, ob in der deutschen Marine ebenso wie in der englischen, der Befehl ergangen sei, daß Schiffe, wenn sie auf der Höhe liegen, vollen Dampf haben müssen.

Staatssekretär v. Tirpitz erklärt, bestimmte Vorschriften seien hierüber nicht gegeben, man könne die Kommandanten nicht binden. Der Staatssekretär äußert sich dann noch im Sinne seiner früheren Erklärungen: bei dem Untergang der „Gneisenau“.

Der Marineetat wird hierauf angenommen.

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 20. März.

Berathung des Justizetats.

Auf eine Anfrage des Abg. Spahn erklärt Staatssekretär Nieberding: Daß in der Kommission für den Tolerananztrag kein Kommissar des Reichsjustizamtes erschienen sei, beruhe darauf, daß ein Auftrag vom Reichskanzler nicht erteilt worden sei.

Abg. Gröber befürwortet seine Resolution betreffs einer Statistik der bedingten und unbedingten Verurtheilung. Er wünscht Beschleunigung der Reform des Strafrechts.

Staatssekretär Nieberding erklärt: Bevor der Reichstag in der Lage sein werde, sich mit einem Revisionsvorschlag zu befassen, werde noch lange Zeit hingehen. Er bittet, die Resolution abzulehnen.

Abg. Heine greift in längerer Rede den Justizminister Schönstedt an wegen seiner neulichen Ausführungen im Abgeordnetenhaus. (Redner wird wiederholt durch Zurufe unterbrochen.) Schönstedt habe bezüglich seiner Person von grober Unwahrheit und frecher Lüge gesprochen, er (Heine) hätte viel mehr das Recht, zu sagen, daß der Justizminister sich einer groben Unwahrheit schuldig gemacht habe. (Präsident Graf v. Ballestrem ruft den Redner zur Ordnung.) Abg. Heine kommt schließlich auf die Zunahme der Majestätsbeleidigungsprozesse zu sprechen.

* Berlin, 21. März. Die Blätter bringen Erinnerungartikel anlässlich der heute vor dreißig Jahren erfolgten ersten Eröffnung des Deutschen Reichstags.

Die Berathung des Vereinsgesetzes.

* Paris, 20. März. Deputirtenkammer. Prache setzte seine gestern begonnene Rede gegen die Freimaurer fort. Diese wollen, sagte er, ihre Ideen zur Grundlage der Schulerziehung machen. Von ihnen ist der Gedanke ausgegangen, zu öffentlichen Lehrern nur die Kandidaten zuzulassen, die Staatschulen besucht haben. Ebenso der Gedanke, die Güter der tothen Hand einzuziehen. Etwa 200 Deputirte sind Freimaurer. Von ihren Voten ist ihnen die Verpflichtung auferlegt worden, für die progressive Einkommensteuer, die Trennung der Kirche vom Staat, die Ausweisung der Kongregationen und die Wahl des Senats durch das allgemeine Stimmrecht zu wirken. Eine solche Haltung ist ein Attentat auf die Volkssouveränität.

Nachdem Pajies und Ribot gegen den Antrag Prache gesprochen haben, mit der Begründung, daß die Freiheit der Vereinsbildung nicht beschränkt werden dürfe, zieht Prache seinen Antrag zurück, der von Viviani wieder aufgenommen, aber bei Stimmabgabe der Rechten und des Centrum's — mit 319 gegen 3 Stimmen abgelehnt wird. Die Abstimmung über den gesammten Artikel 13 ergibt dessen Annahme mit 311 gegen 232 Stimmen.

Artikel 14 lautet: „Niemand darf direkt oder durch eine untergeschobene Person eine Unterrichtsanstalt irgendwelcher Art leiten, noch darin unterrichten, wenn er einer nichternächtigen rechtlichen Verantwortlichkeit angehöret. Zuwiderhandlungen unterliegen den durch § 2 des Artikels 8 vorgegebenen Strafen. Außerdem kann die Schließung der Anstalt durch gerichtliches Strafurtheil ausgesprochen werden.“

Der Reichsrepublikaner Aynard führt aus, dieser Artikel bedeute die Unterdrückung der Unterrichtsfreiheit, da er die Konkurrenz beseitige, die die freien Schulen den Staatsanstalten machen. Die Unterrichtscommission der Kammer habe sich klar für die Unterrichtsfreiheit ausgesprochen, die Kammer selbst bei Berathung des Gesetzesvorschlags über die ausschließliche Zulassung solcher Kandidaten zu Staatsämtern, die die letzten drei Jahre ihrer Schulzeit in einer Mittelschule des Staates zugebracht haben, in gleichem Sinne sich geäußert. Da das Hauptziel des Unterrichts in Frankreich die Vorbereitung auf die öffentlichen Ämter sei, so seien die Kongregationsanstalten gezwungen, nach den Plänen der Staatschulen zu arbeiten. Der einzige Unterschied liege darin, daß die Ordensanstalten auch Religionsunterricht erteilen. Die Erhaltung des religiösen Geistes auch durch die Schule sei heute, wo der freidenkerische Geist immer breitere Schichten zu erfassen suche, nichtweniger als je. Frankreich sei ein altes katholisches Land mit Millionen von Gläubigen und solle das bleiben.

Der Sozialist Viviani gibt eine historische Uebersicht über die Entwicklung des Ordensunterrichts und weist darauf hin, daß unter dem alten Königthum das Unterrichtsrecht ein Kronrecht war. Heute handle es sich darum, das von den Gegnern besetzte Gebiet zurückzunehmen. Die Kirche, welche die Freiheit fordere, fordere in Wirklichkeit ein Monopol, denn sie sei in ihrem Wesen intolerant. Man spricht von dem Recht der Familien und vergesse das Recht der Kinder und das des Staates. Der Begriff der Familie sei nicht mehr derselbe, der er im römischen Recht war. Die Autorität der Eltern sei beschnitten durch eine Reihe von Gesetzen zur Regelung der Kinderarbeit und der allgemeinen Schulpflicht, und der Staat habe das Recht die moralische Freiheit seiner Untertanen anzustreben. Was die Judikament anbelange, so schulde man keine solche dem Unbilligen.

Die Fortsetzung der Berathung wurde auf morgen vertagt. (Telegramm.)

* Paris, 21. März. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die Führer der Opposition beabsichtigen, den Ministerpräsidenten zu zwingen die Vertrauensfrage zu stellen. Ueberdies beabsichtigen die gemäßigten Republikaner demnachst neuerdings die Streiks im Wege einer Interpellation zur Sprache zu bringen.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 21. März.

Gestern Abend ist Ihre Durchlaucht die Prinzessin Amélie zu Fürstenberg hier eingetroffen und im Großherzoglichen Schlosse abgekliegen. Die Prinzessin wohnte dem Hofkonzert an. Höchstselbst bleibt noch bis morgen hier.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfing heute Vormittag den Präsidenten des Ministeriums des Innern, Geheimrath Dr. Schenkel, zu längerem Vortrag. Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin besuchte mit Ihrer Hoheit der Prinzessin Olga von Sachsen-Weimar einige Wohlthätigkeitsanstalten.

Heute Mittag begab sich Seine Hoheit Prinz Hermann von Sachsen-Weimar, begleitet von dem Generalmajor Freiherrn von Schoenau, in das Kadettenhaus und unterzog die Anstalt einer genauen Besichtigung.

Um halb 5 Uhr Nachmittags folgen die höchsten Herrschaften mit den Sachsen-Weimar'schen Verwandten und Ihrer Durchlaucht der Prinzessin Amélie zu Fürstenberg einer Einladung zu dem Minister von Brauer und Gemahlin zu einem Nachmittagsstee, wobei der Eisenbahnarbeiter-Gesangverein Badenia einige Gesänge vortrug.

Später besuchte Seine Königliche Hoheit der Großherzog mit Seiner Hoheit dem Prinzen Hermann von Sachsen-Weimar das Wohlthätigkeitskonzert des Gesangvereins Liederhalle in der Festhalle.

** Die Einnahmen der badischen Bahnen betragen im Monat Februar 1901:

	aus dem Personenv. verkehr M.	aus dem Güterverkehr M.	aus sonstigen Quellen M.	Summa M.	Januar bis mit Februar M.
nach provisi. Feststellung 1901	1 096 730	2 791 540	556 130	4 444 400	9 342 800
nach provisi. Feststellung 1900	1 149 960	3 181 740	522 250	4 853 950	9 860 810
nach definitiver Feststellung 1900	1 133 601	3 295 776	546 128	4 975 505	10 057 569
Im Jahre 1901 gegen die provisi. Einnahmen des Jahres 1900	mehr weniger und	53 230 390 200	33 880	409 550	518 010
gegen die definitiven Einnahmen des Jahres 1900	mehr weniger	36 871 504 236	10 002	531 105	714 769

(Feuerbestattung.) Von zuständiger Seite wird uns mitgetheilt, daß die verschiedenen Zeitungsmeldungen über die Stellungnahme des Großherzogs Oberath's der Iracellien zur Frage der Beibehaltung der israelitischen Geiseln bei Feuerbestattungen nicht völlig zutreffend waren. Eine bezügliche Anordnung der genannten Behörde ist bis jetzt überhaupt nicht ergangen. Diefelbe hat sich darauf beschränkt, im Jahre 1892, als nach Errichtung des Krematoriums in Heidelberg der Gegenstand an sie herantrat, daß von dem dortigen Bezirksrabbiner eingeschlagene Verfahren — Mitwirkung im Trauerhause oder in der Beinhalle — als ein taftvolles anerkennen. Das gleiche, bisher von seiner Seite beanstandete Verfahren ist in jüngster Zeit von dem Stadtrabbiner in Mannheim mit Zustimmung der betreffenden Familien beobachtet worden. Eine Erörterung der besonderen Mannheim'schen Verhältnisse im Schoße des Oberath's hat erstmals vor wenigen Tagen stattgefunden und dazu geführt, daß der Synagogenvorstand in Mannheim seinem Antrage entsprechend verhandigt wurde, es werde dem dortigen Stadtrabbiner freigestellt, auch in der Versammlungshalle des Krematoriums zu funktionieren.

(Die Vorschläge über die Einnahmen und Ausgaben der Stadtgemeinde Karlsruhe im Jahre 1901) sind vom 20. März an zur Einsicht aller Beteiligten während acht Tagen auf dem Geschäftszimmer der Städtischen Registratur, Rathaus II. Stock, Zimmer Nr. 72, aufgelegt.

(Verkehrsstörung.) Infolge Rohrbruchs der Hauptdampfleitung der elektrischen Centrale mußte der elektrische Betrieb der Linie Karlsruhe — Ettlingen von heute früh 7 Uhr ab eingestellt werden. Der Betrieb wurde sofort durch Dampfloklokomotiven ausgenommen. Jedoch mußten zwischen 7 und 9 Uhr einige Züge ausfallen. Die Reparatur der Dampfleitung wird bis heute Abend beendet sein.

(Soirée Gely und Slade.) Wie wir bereits mitgetheilt, gibt das Künstlerpaar Gely und Slade morgen, Freitag, den 22. März, im großen Museumsaal eine spirituelle, sonnambulistische u. d. d. Vorstellung. In einer Berliner Kritik über ihr dortiges Auftreten heißt es unter anderem: „Ganz besonders schwer wird sich eine natürliche Aufführung für die von Frau Slade vorgeführte Art des Hellsehens finden lassen. Es ist diese Leistung als ein wirkliches Räthsel zu bezeichnen und dürfte wohl schwerlich jemand im Stande sein, eine erschöpfende und zureichende Erklärung dieser außerordentlichen Vorführung zu geben.“ In ähnlicher Weise überraschend wirkten die anderen Programmmomente.

(Allgemeine Volksbibliothek.) Vom 11. bis 17. März wurden an 612 Besucher 749 Bände ausgeliehen.

(Aus der Sitzung der Strafkammer III vom 20. März.) Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dürr. Vertreter der Großherzoglichen Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Dillier; später Staatsanwalt Grosse. — Ein schon vielfach vorbestrafter Dieb und Betrüger ist der Kaiser Leo Maler aus Durmersheim. Er war heute wegen mehrfachen schweren Diebstahls, Unterschlagung, Betrugs und Uebertretung des § 360 Reichsstrafgesetzbuchs angeklagt. Er wurde unter Anrechnung von acht Tagen Untersuchungshaft zu drei Jahren zwei Monaten Zuchthaus, acht Tagen Haft, fünf Jahren Ehrverlust und zur Stellung unter Polizeiaufsicht verurtheilt. — Sechs Monate 14 Wochen Gefängnis, abzüglich zwei Wochen Untersuchungshaft, und drei Jahre Ehrverlust erhielt der Tagelöhner Julius Weinstein aus Malsch wegen Urkundenfälschung, Betrugs und Betrugsversuchs. — Die Speisehändlerin Katharina Heller geborene Schäfer aus Dudenheim, die sich der Bedrohung und Körperverletzung schuldig gemacht, wurde mit drei Wochen Gefängnis bestraft. — Wegen Diebstahls wurden verurtheilt: der Gypser

Hermann Schneider aus Beierthum zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust; der Tagelöhner Hippolit Langolt aus St. Peter und der Tagelöhner Jakob Gramlich aus Defringen, beide in Bruchsal wohnhaft, zu je zehn Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust; der Dienstknecht Karl Gschwendner aus Böhlerthal zu acht Tagen Gefängnis.

Inventare des Großh. Bad. Generalandesarchivs*).

Bisher war es Frankreich allein, das in den Inventaren seiner Departementalarchive, so summativ sie auch gehalten waren, sowohl der Geschichtsforschung im allgemeinen als auch ganz besonders der Lokalgeschichte ein außerordentlich reichhaltiges Hilfsmittel bot. Der ehemaligen Zugehörigkeit zu Frankreich verdankt daher auch das Bezirksarchiv zu Straßburg ein vollständiges, das zu Colmar wenigstens das Bruchstück eines Inventars: Nach 1870 ist dann auch noch das Inventar des politischen Archivs der Stadt Straßburg erschienen; aber allerdings konnten nur von einem verhältnismäßig kleinen Stadtarchiv in so ausführlicher Weise politische Urkunden und Korrespondenzen inventarisiert werden, und richtiger würde man hier von einem Archivrepertorium als von einem Inventar sprechen. Sonst aber sind es meines Wissens nur noch das Geheime Haus-, Hof- und Staatsarchiv zu Wien, das in einem gedruckten Verzeichnis seiner Handschriften dem Gelehrten eine Uebersicht über diese Schätze gewährt, sowie die Stadtarchive von Frankfurt a. M. und Köln, welche eingehende Inventare über ihre Bestände veröffentlicht haben.**)

Es gebührt demnach auch in dieser Hinsicht dem Großherzoglichen Generalandesarchiv zu Karlsruhe unter seinem langjährigen Direktor Geh. Rath Dr. Friedrich v. Weech der Ruhm sowohl wie das Verdienst, mit seinen „Inventaren“ für Deutschland die Führung übernommen und den übrigen deutschen Archiven die Bahnen gewiesen zu haben. Aller Welt wird jetzt der unendlich reiche Inhalt dieses reichhaltigen Archivs überflüssig vor Augen geführt. Zwar wird in einzelnen deutschen Staaten der Archivarius ganz bedenklich den Kopf schütteln ob dieses unerhörten Vorgehens, daß, was dazu bestimmt ist, höchstens die Behörden über einzelne Rechtsfragen anzuführen, aber sonst ruhig im Staube weiter liegen soll, nunmehr zu allgemeiner Kenntnis gebracht wird; es wird ihm auch nicht unbegründet vorkommen, nicht nur wie man solche Arbeitslast aus freien Stücken übernehmen kann, sondern auch noch neugierige Gelehrte in die geheiligten Räume eines Archivs hineinlockt. Das badische Generalandesarchiv hat es aber im Gegentheil zu machen andern Archiven stets als eine seiner Hauptaufgaben betrachtet, nicht über die Vergangenheit zu berichten. Die Monatshefte Zeitschrift für die Geschichte des Oberheims mit ihrer unendlichen Fülle urkundlichen Materials für die Geschichte des Mittelalters, die Neue Folge der Zeitschrift, herausgegeben bis zum 11. Band von Dr. Schulte, vom 12. an von Dr. Ober und Dr. Wiegand, die nunmehr auch die neuere Zeit in weitem Umfang berücksichtigt, sind ein reiches Zeugnis, und in ihrer langen Reihe steht diese Zeitschrift in Deutschland einzig da. In diesem Sinne ist auch dies neue Unternehmen des Generalandesarchivs zu verstehen und zu begrüßen; in diesem Sinne wird auch das Großh. Ministerium dem Plane von Weech seine Zustimmung gegeben, der Landtag in richtigem Verständnis die Mittel bewilligt haben. Denn der Landesgeschichte erwächst aus diesem Unternehmen vor allem die größte Förderung, wer immer im Großherzogthum Baden sich für die Geschichte seines Ortes oder einzelner Landestheile interessiert, der vermag an der Hand des Registers dieser Inventare sofort festzustellen, was in dem Generalandesarchiv für seine Zwecke vorliegt. Und welche Fülle von Anregung wird dadurch überall hin ausgebreitet! Es ist daher auch zu erwarten, daß die Landes- und Lokalgeschichte, auf welche bereits die Badische Historische Kommission so befriedigend eingewirkt hat, nach Vollenendung dieses großen Unternehmens zu noch reichlicher Blüthe gelangen wird. In demselben Maß steht aber auch die allgemeine Geschichte und die der anstehenden Landesherrschaft und Staaten den Vorthell; denn das ist ja die Eigenart dieses großen Archivs, daß es bei seinen weitestgehenden Beständen, die es von den ehemaligen, Baden einverleibten Territorien des heiligen Römischen Reichs übernommen und im Gegentheil zu andern Rheinbundstaaten sorgsam gehütet und gepflegt hat, jedem mittelalterlichen Historiker die mannigfaltigste Ausbeute gewähren kann. Damit komme ich zu dem ersten jetzt vorliegenden Bande, dessen Bearbeitung, wie die des ganzen Werkes, der Direktor des Generalandesarchivs, Hr. v. Weech, im Einvernehmen mit den Großh. Archivräthen Dr. Ober und Dr. Krieger Herrn Archivassessor Dr. Brunner übertragen hat, so jedoch, daß er sich die volle Verantwortung für den Plan und die allgemeine Ausführung dieser amtlichen Veröffentlichung, sowie auch, wo es nötig sein sollte, sein Eingreifen in die Einzelheiten der Ausarbeitung vorbehalten hat. Dieser Plan stellt etwas völlig Neues dar, und man möchte dringend wünschen, daß er überall Nachahmung fände, wo immer ein ähnliches Unternehmen in's Leben tritt. Die Ausführung war ebenso mühevoll wie langwierig, und Dr. Brunner hat sich seiner schwierigen Aufgabe in trefflicher Weise entledigt. Wenn hier und da einzelne Mängel hervorzuheben, so sind dieselben mit jedem Werke verbunden, das neue Bahnen eröffnet, und es wäre kleinlich, dieselben hervorzuheben und dadurch dem verdienstvollen Gelehrten die Schaffensfreude zu verderben.

Es erübrigt noch eine Uebersicht über den reichen Inhalt dieses ersten Bandes zu geben. Zunächst werden in chronologischer Reihenfolge alle einzelnen Urkunden der Kaiser und Könige von 705 (bezw. da die drei ältesten Fälschungen sind) 816 bis 1618 sowie der Päpste von 995 bezw. 1094 bis 1302 nach kurzen Stichworten verzeichnet unter jeweiliger Angabe des letzten Druckortes, soweit sie veröffentlicht sind. Dasselbe ist bei den ältesten Privaturkunden 843 bezw. 1020 bis 1200 der Fall. Im ganzen werden 1900 Urkunden auf solche Weise verzeichnet. Daran schließt sich ein Verzeichnis der Kopialbücher, nicht weniger als 1520 Nummern, sie bieten einen schier unerschöpflichen Stoff an geschichtlichem Material und sind weit über Baden hinaus für die Forschung von allergrößter Bedeutung. Ich verweise in dieser Hinsicht auf die lange Reihe der Kopialbücher der pfälzlichen Kurfürsten und der Bischöfe von Speier. Es reißt sich an das Verzeichnis der Handschriften: A der Einzelhandschriften mit 758 Nummern, B der Sammelhandschriften mit 402 Nummern. Das beigegebene Orts- und Personenregister gibt eine erschöpfende Uebersicht über vorkommende Orte und Personen.

Ich möchte diese Anzeige nicht schließen, ohne darauf hinzuweisen, daß ein solches Werk wie diese Inventare nur möglich ist bei einem Archiv, wo so stetig und reich seit Jahrzehnten gearbeitet wurde, wie es bei dem Generalandesarchiv zu Karlsruhe der Fall ist; denn dieses Werk konnte und kann sich nur aufbauen auf den vorhandenen Repertorien, und diese sind geschaffen nicht bloß durch die stille selbstvergessene Arbeit der jetzt

noch thätigen Herren, sondern auch durch die früheren wackeren Männer, deren Namen der Mittelwelt wohl zum Theil entschwunden sind, die aber fortleben in der Geschichte des Generalandesarchivs. Heinrich Witte, Hagenau.

** Landwirtschaftliche Besprechungen und Versammlungen.

Sonntag, 24. März. Landwirtschaftliche Besprechungen in Zimmern, Aalen, Aalen, Moos, Rißbaum, Waldbach und Neckarlagensbach; Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Vereins Schönbach in Todtnau; landwirtschaftliche Versammlung behufs Gründung einer Zuchtgenossenschaft in Hölzlebrud; Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Ortsvereins in Lottstetten; Generalversammlung der Ländlichen Kreditvereine in Mudau und Balzfeld; Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Konsumvereins in Weersburg; Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Konsum- und Abgabvereins in Nauheim; Hauptversammlung des Verbandes oberbadischer Pferdezüchtervereine in Füllendorf.

Montag, 25. März. Landwirtschaftliche Besprechung in Hecheln; Generalversammlung in Oberlauchingen; Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Ortsvereins in Hohenheim; Generalversammlung des Ländlichen Kreditvereins in Herbolzheim.

Sonntag, 30. März. Generalversammlung der Landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaft in Brühl; Generalversammlung der Landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaft in Löhlsachsen.

Sonntag, 31. März. Generalversammlung des Spar- und Darlehensvereins in Wieblingen; außerordentliche Generalversammlung der Gesellschaft „Getreidelagerhaus Scheffenz“ in Unterschellen; Generalversammlung der Landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaft in Neulohheim; Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Konsum- und Abgabvereins in Altenheim.

Montag, 1. April. Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Ortsvereins in Hühfeld; Generalversammlung des Ländlichen Kreditvereins in Bauerbach; Generalversammlung des Ländlichen Kreditvereins in Dürren.

Sonntag, 14. April. Generalversammlung des Ländlichen Kreditvereins in Rastig.

England und Transvaal.

(Telegramme.)

* London, 21. März. Die Morgenblätter melden aus Kapstadt: Botha brach die Verhandlungen ab wegen der Haltung der Unversöhnlichen. Er wirkte jedoch auf seine Truppen dahin ein, daß sie sich abtheilungsweise ergeben sollten. Die Truppen hätten ein Lager bei Middelburg aufgeschlagen, welches von den britischen Streitkräften befehligt werde.

* London, 21. März. Reuter meldet aus Durban: Die Engländer räumten die Garnison Brebe und vereinigten sich mit den Truppen des Generals Campbell, der nach einem schweren Kampfe mit den Buren nach Standerton zurückkehrte und 200 Gefangene und Verwundete mit sich führte. Viele Burenabtheilungen befinden sich in der Nähe von der Standerton.

* De War, 21. März. Drei holländische Kolonisten, die überführt sind, einen Eisenbahnunfall in der Nähe von Taalbotd verurtheilt zu haben, wobei fünf Personen ihr Leben einbüßten, wurden hingerichtet. Zwei andere sind zu fünfjährigem Zuchthaus verurtheilt.

* Kapstadt, 20. März. Man beginnt, die Minen im Rand wieder in Betrieb zu setzen.

* Pretoria, 21. März. Vier wurden Vorwärtsmaßregeln gegen die Pest ergriffen.

Die Vorgänge in China.

(Telegramme.)

* Paris, 21. März. Der hiesige „New-York Herald“ meldet aus Washington, daß der Staatssekretär Hay die Entschädigung, welche die Vereinigten Staaten von China verlangen, auf 25 Millionen Dollar festgesetzt habe.

* Shanghai, 21. März. Die „China Gazette“ veröffentlicht folgendes Telegramm aus Tokio vom 20. d. M.: Die in japanischen Häfen anwesenden russischen Kriegsschiffe sind nach Korea in See gegangen. Die japanische Flotte macht sich bereit, im Nothfall sofort nach der koreanischen Küste abzugehen.

* Peking, 21. März. 60 Australier und zwei Kompagnien Infanterie sind plötzlich nach Tientsin beordert worden und gestern früh dorthin abgegangen. 100 Marineinfanteristen sollen nach Tientsin gehen. Veranlaßt sei die Truppenbewegung durch die Befürchtung, es könne anlässlich der russisch-britischen Landstreitigkeiten zu einem Zwischenfall kommen, zumal die französischen Truppen, deren Verhalten schon zu verschiedenen Mißverständnissen Anlaß gab, einen Zusammenstoß herbeizuführen suchen. Die Engländer wünschen deshalb genügend tüchtige Mannschaften zur Stelle zu haben, um die Ordnung aufrecht erhalten zu können. General Baillou ist ebenfalls gestern früh nach Tientsin gekommen, um das Verhalten der französischen Truppen zu untersuchen und die Ordnung wieder herzustellen. Der Zwischenfall gehört augenscheinlich zu den Unannehmlichkeiten, die unvermeidlich erscheinen, wo verschiedene Nationen zusammen sind. Man hofft, die Angelegenheit bald zu erledigen.

Neuere Nachrichten und Telegramme.

* Berlin, 21. März. Seine Kaiserliche Hoheit der Kronprinz begibt sich Mitte April auf Einladung Seiner Majestät des Kaisers Franz Joseph nach Wien.

* Berlin, 20. März. In der Kanalkommission des Abgeordnetenhauses erklärte Minister v. Miquel, er halte die Rippkanalisierung nicht für dringlich.

Veranlassung zu dem von der Regierung vorgelegten Unternehmen sei die Emscherlinie; deren eventuelle Ablehnung würde das ganze Unternehmen in Frage stellen. Graf Limburg-Stirum erklärt, der größte Theil der Konservativen werde für die Rippelinie stimmen. Für beide Linien würden die Konservativen nicht stimmen, jedenfalls nie für die Emscherlinie. Da aber der Minister erklärt habe, daß beide Kanäle (Rippe und Emscher) ohne Mittellandkanal für die Staatsregierung ohne Werth seien, müßten auch die Konservativen ihre endgiltige Abstimmung hierüber bis nach der Entscheidung über den Mittellandkanal sich vorbehalten.

* Stuttgart, 21. März. Der Generaladjutant Seiner Majestät des Königs, General v. Bilfinger, hat sich gestern zum Vortrag bei Seiner Majestät dem Kaiser nach Berlin begeben.

* Wien, 20. März. Das Abgeordnetenhause verhandelte gestern über den Dringlichkeitsantrag Hurubh, betreffend die Volkszählung in Böhmen. Nach siebenstündiger Debatte wurde der Dringlichkeitsantrag heute früh 1 Uhr 30 Minuten schließlich abgelehnt.

* Marseille, 20. März. Heute Vormittag suchten Ausständige die Absperrungen an den Zugängen zu den Werften zu durchbrechen, wobei es zu Thätlichkeiten unter den verschiedenen Arbeitergruppen kam. Der Exekutivausschuß der Ausständigen bot dem Präfecten an, die Arbeit wieder aufzunehmen in der Form einer Genossenschaft, auf eigene Rechnung und unter Ausschluß der Unternehmer. Der Präfect sandte dieses Angebot dem Präsidenten des Rheberverbandes.

* Marseille, 21. März. Die gestrigen Unruhen wurden durch mehrere Weiber hervorgerufen, welche durch die Straßen eilten und den Kaufleuten zuriefen: „Schließt eure Läden, die Revolution beginnt.“ Es trat jedoch bald Beruhigung ein.

* Marseille, 21. März. Der Verwaltungsrath der Arbeitssammer und Arbeitsbörse fordert alle Korporationen auf, die Arbeit niederzulegen und sich mit den ausständigen Hafenarbeitern solidarisch zu erklären.

Verschiedenes.

* Dresden, 21. März. (Telegr.) Der Kammermusikus Bunkel, Komponist der Oper „Attila“, wurde gestern Abend nach der Oper im Straßenbahnwagen von einer Frau namens Zabel erschossen.

* Budapest, 21. März. (Telegr.) Gestern feuerte ein Mann auf den Leiter der Gendarmereisektion im Landesverteidigungsministerium, Feldmarschallleutnant Jablanczy, der von ihm auf der Straße ein Schreiben nicht annehmen wollte, mehrere Revolverkugeln ab. Zwei Vorübergehende ergriffen den Mann und führten ihn auf die Polizei, wo er gestand, daß er Johann Gall heiße und früher Oberleutnant bei der Gendarmerie gewesen war. Er wollte Jablanczy aus Rache tödten, weil er ihn ohne Grund entlassen habe. — Nach weiteren Meldungen über das Attentat auf Jablanczy verjagte der Revolver-Jablanczy jod sofort seinen Säbel und versetzte dem Angreifer einen Hieb über die Schulter. Hierauf erfolgte die Verhaftung.

* Antwerpen, 21. März. (Telegr.) Letzte Nacht kollidierte der deutsche Dampfer „Eheming“ mit dem englischen Dampfer „Zab“ auf der Rheide von Vlissingen. Der „Zab“ sank. Lotsenboote retteten zwei Mann. Das Schicksal der übrigen ist unbekannt. Die „Eheming“ ist in Vlissingen geblieben.

* Verona, 20. März. Der Deich bei Bologna und der Ort sind überfluthet. Viele Häuser sind eingestürzt. Man befürchtet auch Menschenverluste. 2000 Soldaten gingen ab, um Hilfe zu bringen. Die Orte Fosco und Larotta sind vom Gaschina überfluthet. Felder und Häuser sind schwer beschädigt.

* Carrara, 20. März. Anhaltende Regengüsse führten einen Erdrutsch von mehr als 2000 Kubikmetern herbei, wodurch ein Theil des Bahnhofes und die Eisenbahn zum Transvort des Marmors sowie die Landstraße zerstört wurde. Ein weiterer Erdrutsch droht. Der Schaden ist beträchtlich. Menschen sind nicht verunglückt.

* New-York, 21. März. (Telegr.) Eine Depesche aus Leavenworth in Kansas meldet: Infolge der Einfuhr des Direktors des Gefängnisses in das Bergwerk Laning mit einer Anzahl von Wächtern ist es gelungen, die meuternden Arbeiter zur Uebergabe zu bringen.

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan.

Im Hoftheater Karlsruhe.

Freitag, 22. März. Abth. A. 45. Ab. Vorst. (Mittelpreise.) „Figaro's Hochzeit“, komische Oper in 4 Aufzügen, Dichtung von Lorenzo da Ponte, Musik W. A. Mozart. Anfang 7 Uhr, Ende nach 10 Uhr.

Sonntag, 23. März. Abth. C. 45. Ab. Vorst. (Keine Preise.) Zum erstenmale: „Fasaders Mädchen“, historisches Lustspiel in 1 Akt von J. V. Widmann. — Neu einstudirt: „Der geschwähige Barbier“, Lustspiel in 1 Akt v. Holberg. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Eduard Devrient. Anfang 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Sonntag, 24. März. Abth. B. 45. Ab. Vorst. (Mittelpreise.) „Dom Sebastian“, große Oper in 5 Aufzügen nach dem Französischen des Scire bearbeitet von Leo Herz. Musik von G. Donizetti. Anfang halb 7 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr.

Meteorbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hyd. v. 21. März 1901.

Während das barometrische Maximum seine Lage über dem Nordseegebiet beibehalten hat, ist die Depression, welche gestern die westlichen Alpen bedeckte, bis nach Wien weitergezogen; in weitem Umkreis verursacht sie Regen- und Schneefälle. Die Temperaturen sind in ganz Nord- und stellenweise auch in Mitteleuropa unter den Gefrierpunkt gesunken. Da sich die Depression weiter zu entfernen scheint, so ist vorerst unbeständiges und rauhes Wetter mit abnehmenden Niederschlägen zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.

	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Feuchtigkeit in mm	Wind	Stempel
20. Nachts 9 ^u 11.	732.5	5.5	5.4	80	NE	bedeckt
21. Morgs. 7 ^u 11.	737.5	0.4	4.7	100	„	„
21. Mittags. 2 ^u 11.	741.6	1.0	4.6	92	„	„

*) Schnee.

Höchste Temperatur am 20. März: 12.9; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -0.2.

Niederschlagsmenge des 20. März: 10.6 mm.

Wasserstand des Rheins. Hagenau, 21. März: 3.60 m, gestiegen 4 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

BADISCHE BANK.

Activa.

Netto-Bilanz per 31. Dezember 1900.

Passiva.

Activa.		Netto-Bilanz per 31. Dezember 1900.		Passiva.	
Kassenbestand:				Grundkapital:	
a. Coursfähiges deutsches geprägtes Geld	6,199,948 59			Stück 30 000 Aktien à M. 300.—	9,000,000 —
b. Reichsbanknoten	21,755 —			Reservefond:	
c. Eigene Banknoten	—			Bestand am 31. Dezember 1899 *)	1,878,411 08
d. Reichsbanknoten	851,500 —			Unerhobene und statutenmäßig dem Reservefond überwiesene Dividenden-Coupons per 1. Juli 1895	696 —
e. Noten anderer Banken	48,500 —	6,621,703 59		Delcredere Conto:	
Wechsel-Bestand:				Reservefond für zweifelhafteste Forderungen	10,000 —
a. Platz-Wechsel:				Banknoten im Umlauf:	
in den nächsten 15 Tagen fällige	2,304,981 95			Noten à M. 100.—	17,037,400 —
später fällige	7,975,464 50	10,280,446 45		Diverse Creditoren:	
b. Wechsel auf deutsche Plätze:				a. Guthaben in Conto-Corrent	1,303,911 57
in den nächsten 15 Tagen fällige	1,221,068 75			b. Noch zu zahlende Unkosten pro 1900	20,462 22
später fällige	11,620,121 26	12,841,190 01		c. Unerhobene Rückzahlung auf 1 Aktie	300 —
abzüglich Rückzinsen vom 31. Dezember 1900	—	23,121 636 46		d. Unerhobene Dividenden pro 1895/99	7,830 50
Eventuelle Verbindlichkeiten aus weiter begebenen, im Anlaube zahlbaren Wechseln	1,746,431 94	163,387 04	22,953,249 42	e. Beamten-Unterstützungsfond	84,274 90
Lombardforderungen:				Verbindlichkeiten auf Kündigung:	
a. Auf Effekten (laut § 13, 3 b, c des Bankgesetzes)	711,290 —			Auf tägliche Kündigung	3,687,714 43
zugänglich Zinsen bis 31. Dezember 1900	4,655 72	715,945 72		Banknoten Steuer:	
b. Auf Waaren	—	—		Der Betrag der nach §§ 9/10 des Bankgesetzes an die Reichssteuer abzuführenden Steuer	3,245 79
Effekten-Bestand:				Gewinn- und Verlust Conto:	
Eigene Effekten zugänglich Zinsen	—			Reingewinn pro 1900	805,000 —
und zwar:				Vortrag vom Jahre 1899	32,503 34
fl. 5,700.— 3 1/2% Badische Obligationen à 93.50 und 95.50%					837,503 34
M. 12,300.— 3 1/2% " " " " " " " " " "					
4,500.— 3% " " " " " " " " " "					
800.— 4% Badische Prämienloose à 131.— und 140.45					
400.— 3% Deutsche Reichsanleihe " " " " " " " " " "					
500.— 3% Preussische Consols " " " " " " " " " "					
500.— 3% Bayerische Obligationen " " " " " " " " " "					
11,500.— 3% Hessische Obligationen " " " " " " " " " "					
200.— 3% Karlsruher Stadtbligat. v. 1886 " " " " " " " " " "					
200.— 3% " " " " " " " " " " " " " " " "					
2,000.— 3 1/2% Baden-Badener Stadtbligat. " " " " " " " " " "					
4,000.— 4% Pforzheimer Stadtbligat. " " " " " " " " " "					
6,000.— 4% Pfälzische Ludwigsb. Prior. " " " " " " " " " "					
200.— 3 1/2% Rdn-Mindener Loose " " " " " " " " " "					
100.— 3 1/2% Gothaer Prämien-Pfandbr. II. Abth. " " " " " " " " " "					
500.— 3 1/2% Deutsche Hypoth.-Bank Meiningen Pfandbr. " " " " " " " " " "					
200.— 3 1/2% Rheinische Hypoth.-Bank Pfandbr. " " " " " " " " " "					
3,300.— 3 1/2% Badische Oblig. v. 1875 (verlooft) " " " " " " " " " "					
Diverse Creditoren:					
Debitoren bei der Centrale und bei der Filiale Karlsruhe	—	3,177,609 84			
Grundstücke und Mobilien:					
Immobilien in Mannheim und Karlsruhe	345,320 23				
Mobilien in Mannheim und Karlsruhe	1,001 —	346,321 23			
		33,871,749 83			33,871,749 83

Soll.

Gewinn- und Verlust-Conto per 31. Dezember 1900.

Haben.

Soll.		Gewinn- und Verlust-Conto per 31. Dezember 1900.		Haben.	
Steuern	45,666 30			Vortrag vom Jahre 1899	32,503 34
Gehaltszahlungen	118,553 71			Zinsen auf deutsche Wechsel	1,070,297 25
Allgemeine Unkosten	59,035 45			Zinsen auf beliebige Wertpapiere	30,523 32
Zinsen im Umlauf	211,216 03			Umsatz auf eigene Effekten	3,372 03
Banknoten-Steuer	3,245 79			Zinsen auf Guthaben und Provisionen	106,428 75
Ueberweisung an den Beamten-Unterstützungsfond	20,000 —			Gebühren für aufbewahrte Depositionen	48,116 80
Abreibung auf Mobilien-Conto	2,324 —			Eingang auf früher abgeschriebene Forderungen	6,303 13
Reingewinn pro 1900	805,000 —				
Vortrag vom Jahre 1899	32,503 34	837,503 34			
		1,297,544 62			1,297,544 62

Gemäß statutarischer Vorschrift veröffentlicht:

Mannheim, den 15. März 1901.

Badische Bank.

Die Direction.

Badische Bank.

Einunddreißigste

ordentliche General-Versammlung.

In Gemäßheit des Art. 35 der Statuten werden die nach Art. 36 stimmberechtigten Aktionäre der Badischen Bank zur einunddreißigsten ordentlichen General-Versammlung, welche **Mittwoch den 24. April d. J., Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Banklokale**

hier stattfinden wird, eingeladen.

Tagesordnung:

1. Bericht des Aufsichtsraths über die von ihm festgestellte Jahresrechnung und Vortrag des Berichts der Revisions-Kommission.
2. Geschäftsbericht der Direction.
3. Genehmigung der Bilanz, Festsetzung der Dividende für das Geschäftsjahr 1900, Entlastung des Aufsichtsraths und der Direction.
4. Wahl für die nach Art. 43 der Statuten austretenden 2 Aufsichtsraths-Mitglieder.
5. Wahl der Revisions-Commission, Art. 28 der Statuten.

Die Aktionäre oder deren Bevollmächtigte, welche an dieser General-Versammlung Theil nehmen wollen, haben sich bis spätestens 20. April d. J. inclusive in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr auf dem Bankbureau in Mannheim oder Karlsruhe über ihre statutenmäßige Berechtigung durch Vorzeigung ihrer Aktien auszuweisen und zugleich ein nach den Nummern geordnetes Verzeichniß und Bevollmächtigte außerdem ihre Vollmachten einzureichen.

Die Formulare der Verzeichnisse werden auf dem Bankbureau ausgegeben.

Auswärtige Aktionäre können an Stelle ihrer Aktien ein amtlich oder notariell errichtetes Verzeichniß, auf welchem ihr Aktienbesitz bestätigt ist, vorlegen lassen.

Am 22. April, Vormittags von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 3 bis 5 Uhr, können sodann gegen Rückgabe der über die Anmeldung ausgestellten Beurkundung, die Berechtigten die nur für ihre Person gültigen Eintrittskarten auf dem Bankbureau entgegennehmen oder abholen lassen.

Mannheim, 15. März 1901.

Der Aufsichtsrath.

Todes-Anzeige.

Nach schwerem Leiden entschlief sanft am Dienstag den 19. d. Mts. zu Konstanz unser lieber Gatte und Vater, Bruder und Schwager

Adolf Freiherr von Babo

im 51. Lebensjahre.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Freifrau Antonie von Babo,
geborene Bechtel.

Emma von Babo.

Lambert von Babo.

Die Beerdigung findet Freitag den 22. um 5 Uhr Nachmittags von der Friedhof-Kapelle Karlsruhe aus statt.

370



Adolf Sexauer, Hoflieferant,

Karlsruhe, Neubau Kaiserstrasse 213.

Teppiche, Möbelstoffe, Gardinen.

Die Ausloosung

der im Jahre 1901 zur Heimzahlung kommenden Schuldverschreibungen der hiesigen israelitischen Gemeinde wird **Mittwoch den 27. d. Mts., Vormittags 11 1/2 Uhr, im Geschäftszimmer des Synagogengeraths** stattfinden.

Seidelberg, den 20. März 1901.

Der Synagogengerath:

Ernst Carlebach. 350

Zu Ostern findet junger Mann, der im Besitze des Berechtigungscheines ist, Stellung als 3920.3

Lehrling.

Braun'sche Hofbuchhandlung

G. Pilmeyer.

I. Baden-Badener

Hamilton Geldlotterie

Loose à 1 Mk., Porto und Liste

11 " à 10 " 25 Pf. extra

Ziehung sicher 19.—20. April

2288 Geldgewinne zahlbar

ohne Abzug im Betrage

v. Mk. 42000

1 Gew. — Mk. 20000

1 Gew. — Mk. 5000

2 Gew. — " 2000

4 Gew. — " 2000

20 Gew. — " 2000

100 " — " 2000

200 " — " 2000

560 " — " 2800

1400 " — " 4200

5849.11

empfiehlt J. Stürmer,

General-Debit, Strassburg i.E.

Wiederverkäufer werden gesucht

3,69.1 Nr. 3737. Baden.

Verpachtung.

Die Stadtgemeinde Baden beabsichtigt das auf Gemarkung Doh gelegene, von der Domänen-direktion gepachtete, **Jagdhausgut mit Wirtschaftsbetrieb** auf die Dauer von 5 Jahren an einen geeigneten Unterpächter zu verpachten.

Der Pacht soll in **thunlichster Weise** beginnen und sind Angebote hierauf mit der Aufschrift **"Jagdhausgut"** spätestens bis **Dienstag den 27. d. M., Vormittags 9 Uhr**, beim Bürgermeisterrat davor einzureichen.

Die Pachtbedingungen können auf dem Stadtrath'ssekretariat — Zimmer Nr. 28 — eingesehen werden.

Baden, den 20. März 1901.

Der Oberbürgermeister:

S. D. n. n. e. r.